



60 Jahre grenzüberschreitende Bildung und Wissenschaft in Vielfalt

Europa steht vor der Entscheidung, ob es den Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ fortsetzen oder sich eher auf den Weg zu einem „Heiligen Römischen Reich europäischer Nationen“ begeben will. Deshalb steht die europäische Bildungsarbeit vor neuen Aufgaben und Herausforderungen! Dazu gehört u.a.:

- a) Angesichts des 60. Geburtstags der Römischen Verträge sollten die EU-Institutionen den bestehenden „EU-Redner-Dienst“ um einen „Europäischen-Zeitzugen-Dienst“ ergänzen, um Schulen, Universitäten und außerschulischen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, sich in lebendiger Art und Weise mit Visionen, Zielen und Hindernissen des europäischen Einigungsprozesses auseinanderzusetzen.
- b) Bei den Brexit-Verhandlungen sollten alle Beteiligten Wert darauf legen, dass die britischen Schulen und Hochschulen solange als möglich an Erasmus+ teilnehmen können, möglichst auch über den Austritt hinaus.
- c) Bei den derzeit laufenden Vorbereitungen des Nachfolgeprogramms von Erasmus+
 - sollte die Zukunft Europas zum Thema gemacht werden und die inhaltliche Orientierung des Programms stärker auf die „Pariser Erklärung“ der Bildungsminister ausgerichtet werden
 - sollte die Dimension der „Europäischen Bürgerschaft“ in den Europass integriert werden
 - sollte die Qualität der Projekte dadurch gesteigert werden, dass wieder Treffen zur Vorbereitung der Projekte gefördert werden
 - muss sicher gestellt werden, dass –wie mit dem Interrailpass für alle geplant– wirklich alle Interessenten daran teilnehmen und Europa erleben können, denn was Kinder und Jugendliche über Europa lernen, prägt sie für ihr weiteres persönliches und berufliches Leben
 - muss möglich werden, dass auch neue Verknüpfungen unterstützt werden: Erasmus-Studierende, die am Studienort in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen mitarbeiten oder Schüler allgemeinbildender Einrichtungen, die ein Berufspraktikum und einen Schulaustausch kombinieren, ...
 - darf auf keinen Fall wieder ein Übergangsfinanzierungsproblem entstehen, was die Entwicklung – wie 2014/2015 – um zwei oder mehr Jahre zurück werfen würde.

Darüber hinaus brauchen wir ein europäisches Vereinsstatut, damit die Bürgerinnen und Bürger die politische Zusammenarbeit erproben und neue, grenzüberschreitende Lösungen entwickeln können.

Der EBB-AEDE Vorstand

